



„Sonst gibt es eben keinen Polizisten mehr in der Hauptstadt“

GdP-Info
39-2026

Berlin. Mit Blick auf die offen kommunizierten Abwerbeangebote aus anderen Bundesländern warnt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor einem kompletten Kollaps der Inneren Sicherheit und fordert ein klares Bekenntnis möglicher Regierungsparteien zur Berliner Polizei.

„Unsere Kolleginnen und Kollegen leben nicht auf dem Mond, sie nehmen die offensiven Angebote aus anderen Bundesländern sehr wohl wahr und schauen sich genau an, in welche Richtung es hier gerade läuft. Es ist völlig logisch, dass unsere Hauptstadtpolizisten aufgrund der hervorragenden Ausbildung, großer Einsatzerfahrung und Belastbarkeit begehrt sind und jetzt mehrere Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer ihre Chance wittern. Wir haben immer davor gewarnt, dass der katastrophale Umgang mit der Amtsangemessenen Alimentation und die höhere Besoldung bei geringerer Einsatztaktung in anderen Bundesländern selbst gestandene Hauptstadtbeamte ins Wanken bringt. Die politische Ungewissheit nach den Wahlen befeuert den Plan anderer Ministerien hier mit Berlinerinnen und Berlinern ihre Stellen besetzen zu können und so flächendeckende Nachwuchssorgen bei deren Polizeien zu lösen“, warnt GdP-Landeschef Stephan Weh.

Hintergrund sind neben Inhalten des Wahlprogramms des Wahlsiegers Die LINKE offensichtliche Kontakte von führenden Parteimitgliedern mit Terrorunterstützern und Personen aus der Organisierten Kriminalität. Zudem scheint die Partei keinerlei Interesse daran, eine klare Haltung zum Antisemitismus einzunehmen und gibt Hass und Hetze immer wieder eine Bühne. Am Wochenende benannte eine Vertreterin der Linksjugend die Polizei Berlin als einzigen kriminellen Clan in dieser Stadt. Eine deutliche Distanzierung, eine Entschuldigung aber auch ein klares Bekenntnis der Partei zur Berliner Polizei blieben aus. Neben Baden-Württemberg, Hessen und Bayern wirbt nun auch Brandenburg um Berliner Polizisten „Grüne und SPD müssen verstehen, dass mit den Sondierungsgesprächen ab Donnerstag die Sicherheit dieser Stadt auf dem Spiel steht. Es gibt markige Worte von Innensenatorin Spranger, aber ihre Partei setzt sich mit Personen an den Tisch, die entweder ihre Partei nicht im Griff haben oder das alles bewusst laufen lassen. Wir erwarten ein klares Bekenntnis zur Berliner Polizei und ein entschiedenes Vorgehen gegen alle, die sie diskreditieren. Demokraten haben sich an die Seite der Polizei zu stellen, denn wir sind ein Bestandteil unserer Demokratie. Sonst gibt es eben keinen Polizisten mehr in der Hauptstadt“, so Weh.

Eigendruck im Selbstverlag / Impressum
(verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes – v.i.S.d.P.):
Gewerkschaft der Polizei LB Berlin
Landesvorsitzender Stephan Weh
Kurfürstenstraße 112 / 10787 Berlin
mail: gdp-berlin@gdp-berlin.de, web: www.gdp-berlin.de



**Gewerkschaft
der Polizei**
Berlin